

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Band: 98 (2001)
Heft: 5

Artikel: Eine halbe Million Menschen leben in Working-Poor-Haushalten :
dramatische Zunahme der erwerbstätigen Armen in den 90-er Jahren
Autor: Alfiev, Charlotte
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840704>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine halbe Million Menschen leben in Working-Poor-Haushalten

Dramatische Zunahme der erwerbstätigen Armen in den 90-er Jahren

Erwerbsarbeit schützt auch in der Schweiz nicht vor Armut. Dieses Phänomen der neuen Armut hat in den 90-er Jahren beängstigende Ausmasse angenommen. 7,5 Prozent der Personen im Erwerbsalter oder rund 250'000 Menschen gehören zu den Working Poor. Gleich viele Kinder sind mitbetroffen. Das Bundesamt für Statistik und das Statistische Amt des Kantons Zürich haben dazu Ende März an einer Pressekonferenz in Bern Zahlen vorgelegt.

Die Studie «Working Poor in der Schweiz», die auf der Grundlage der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) im Rahmen der Armutsberichterstattung des Bundesamtes für Statistik (BFS) durch das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS erstellt wurde, zeigt erstmals das Ausmass der Working Poor in der Schweiz. Die Studie macht deutlich, dass das Phänomen der Working Poor nicht auf einen einzelnen Faktor zurückgeführt werden kann. Ein komplexes Zusammenspiel verschiedenster Faktoren gibt den Ausschlag, ob jemand trotz Erwerbstätigkeit arm ist oder nicht.

Nach der Untersuchung des Bundesamtes für Statistik im Jahr 1999 gehören 7,5 Prozent der 20- bis 59-jährigen Erwerbstätigen zur Gruppe der Working Poor. Dies sind 250'000 Personen. Werden die im gleichen Haushalt lebenden Kinder oder nicht erwerbstätigen Erwachsenen mit einbezogen, so sind 535'000 Personen betroffen. Von den Erwerbstätigen in Haushalten mit einem gesamten Beschäftigungsumfang von

mindestens 36 Stunden («Vollzeit-Working-Poor») sind 6 Prozent arm, bei den Erwerbstätigen in Haushalten mit einem tieferen Beschäftigungsumfang liegt die Working Poor Quote mit 29 Prozent wesentlich höher.

Die häufigsten Risikofaktoren

Das Risiko, Working Poor zu werden, hängt von mehreren Faktoren ab:

Wichtige Eckpunkte sind die Stellung auf dem Arbeitsmarkt und der Aufwand für die Betreuung und Unterstützung von Kindern. Armut trotz Erwerbstätigkeit ist in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich verbreitet. Besonders gefährdet sind:

- Alleinerziehende (29.2 Prozent).
- Paarhaushalte mit drei oder mehr Kindern (18 Prozent).
- ausländische Staatsangehörige (12.2 Prozent): Das Armutsrisiko für SchweizerInnen ist nur halb so hoch. AusländerInnen weisen eine überdurchschnittliche Erwerbsquote auf. Trotzdem sind sie sehr stark von Armut betroffen, da sich bei ihnen vielfach schlechte Ausbildung und Arbeit in einer Niedriglohnbranche kumulieren.
- Frauen (9.1 Prozent).
- sowie wenig ausgebildete Personen mit nur Grundschule oder Anlehre (18.5 Prozent).
- die «Solo-Selbständigen» oder neuen Selbständigen: Mit diesen Begriffen wer-

den Beschäftigungsverhältnisse in der Grauzone zwischen abhängiger und selbständiger Arbeit umschrieben. Oft befinden sich Personen in dieser Situation, die sich durch Ausgliederung eines Arbeitsbereiches aus einem Unternehmen selbständig gemacht haben oder eine selbständige Tätigkeit aufnehmen, um aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen.

- Erwerbstätige in Tieflohn-Bereichen (Landwirtschaft, Gastgewerbe, Verkauf).

Die Working Poor arbeiten häufig in Teilzeitstellen, in ungesicherten Arbeitsverhältnissen und in Stellen mit atypischen Arbeitszeiten. Besonders hoch ist ihr Anteil an den Erwerbstätigen in der Land-

wirtschaft sowie an den Frauen, die in Detailhandel und Gastgewerbe arbeiten.

Wie Elisa Streuli und Tobias Bauer, die AutorInnen der Studie schreiben, würde zwar die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 35'000 Franken (2917 Franken pro Monat) netto für eine Vollzeitstelle die Zahl der Working Poor verringern, das Problem der arbeitenden Armen aber nicht völlig beheben. Auch bei einem mittleren Lohnsatz kann jemand Working Poor werden, sei es, weil nur ein Teilzeiterwerb möglich ist, sei es weil auch ein Einkommen aus einem Vollzeiterwerb für die Existenzsicherung eines grossen Haushaltes nicht ausreicht. Bei Einpersonenhaushalten gäbe es bei einem – wie von den Gewerkschaften geforderten – Mindestlohn von 3000 Franken praktisch keine Working Poor mehr, wenn sie Vollzeit arbeiten.

Ein Mindestlohn ist jedoch keine Patentlösung bei Familien und Alleinerziehenden mit Kindern. Hier müssen andere Massnahmen wie höhere Kinderzulagen oder eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familienpflichten mit der Berufstätigkeit im Vordergrund stehen. Kinder brauchen Zeit. Sie wollen betreut sein. Somit können Eltern mit kleineren Kindern nicht im gleichen Ausmass erwerbstätig sein wie kinderlose Paare. Während kinderlose Paare unter den Working Poor selten sind (3.2 Prozent) steigt die Armutsquote mit jedem Kind.

Definition von Working Poor

Working Poor sind erwerbstätige Personen, die in einem armen Haushalt leben. Als erwerbstätig gilt eine Person, die

- mindestens einer Stunde Erwerbsarbeit pro Woche nachgeht,
- ein Erwerbseinkommen und ein Haushaltseinkommen über Null aufweist
- zwischen 20 und 59 Jahre alt ist.

Die Armutsgrenze ist aus den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Grundbedarf I + II + Miete + Krankenversicherung) abgeleitet und beträgt für einen Einpersonenhaushalt knapp 2100 Franken. Wenn das Haushaltseinkommen nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern unter der Armutsgrenze liegt, ist der betreffende Haushalt arm.

Starke Zunahme in den 90-er Jahren

In den 1990-er Jahren hat die Working-Poor-Quote zugenommen. Auffällig ist die Entwicklung zwischen 1995 und 1996. Bis 1995 lag die Quote bei rund 5 Prozent, 1996 nahm sie auf rund 7 Prozent zu. Dieser Anstieg kann durch die allgemeine

Lohnentwicklung, durch die markante Zunahme der «neuen Selbständigen» sowie der Arbeitsverhältnisse mit nicht dauerhaften Arbeitsverträgen erklärt werden.

Wie die AutorInnen schreiben, ist der Anstieg der Working-Poor-Quote zwischen 1995 und 1996 primär auf Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Zwischen 1995 und 1996 steigt der Anteil von «Solo-Selbständigen» und von Erwerbstätigen mit nicht dauerhaften Arbeitsverträgen an allen Erwerbstätigen und speziell an den Working Poor markant an. Machten die beiden Gruppen 1995 etwa 20 Prozent der Working Poor aus, so lag ihr Anteil 1996 bei rund 32 Prozent. Zur Erhöhung der Working-Poor-Quote beigetragen hat zudem die allgemeine Lohnentwicklung. Die SAKE-Daten zeigen zwischen 1995 und 1996 in der Lohnentwicklung einen markanten Bruch. Gesamtwirtschaftlich stieg der mittlere Lohn (Medianlohn) von 1991 bis 1995 real noch um gut 6 Prozent an. 1996 ging er um 2 Prozent zurück und blieb danach mehr oder weniger konstant. Gleichzeitig stieg der Mietpreisindex deutlich an.

Die VerfasserInnen der Studie merken in einer Fussnote an, der Reallohnindex des BFS zeige eine etwas abweichende Entwicklung. Dies erkläre sich durch den Umstand, dass dieser Index die reine Lohnentwicklung (bei gleichbleibenden Beschäftigungsstrukturen) widerspiegeln würde.

Hätten die Paarhaushalte mit Kindern in der Beobachtungsperiode nicht generell den Erwerbsumfang erhöht, wäre die Zahl der Working Poor noch stärker gestiegen. Bei Alleinerziehenden und

kinderreichen Familien, denen die Möglichkeiten für mehr Erwerbsarbeit fehlen, stieg die Working-Poor-Quote denn auch stark überproportional an.

Temporäre Armut ist weit verbreitet: Fast ein Fünftel der Erwerbstätigen war innerhalb der letzten fünf Jahre mindestens einmal arm.

Einfluss des Krankenversicherungsgesetzes

Wie die Grafik auf Seite 68 zeigt, haben die Working-Poor-Quoten und die Armutsquoten von 1995 auf 1996 einen markanten Sprung nach oben genommen. Dieser Sprung nach oben deckt sich mit der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes (KVG). Dazu heisst es in der Studie «Working Poor in der Schweiz»: Die Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes 1996 hat gesamthaft einen leicht armutsvermindernden Effekt ausgeübt. Die starke Erhöhung der KV-Prämien hat zwar die Armut bei denjenigen einkommenschwachen Haushalten erhöht, welche keine Prämienverbilligung bezogen haben. Bei den Haushalten mit beantragter Prämienverbilligung ging die Belastung für die Grundversicherung hingegen in erheblichem Ausmass zurück. Ohne Prämienverbilligung hätten die Prämienhöhungen zu einem Anstieg der Working-Poor-Quote um einen Prozentpunkt geführt. Unter realistischen Annahmen über deren Inanspruchnahme¹ bewirkten die Prämienverbilligungen eine Verminderung der Working-Poor-Quote um 1.2 Prozentpunkte. Als Nettoeffekt ergibt sich eine

¹ Unterstellt wird, dass ein Drittel der armen und armutsgefährdeten Haushalte ihren Anspruch nicht geltend machten und die geltend gemachten Prämienverbilligungen bei den armen und armutsgefährdeten Haushalten 60 Prozent der Prämien betragen.

Verminderung der Quote um 0.2 Prozentpunkte.»

Dass die Einführung des KVG einen «armutsvermindernden Effekt» ausgeübt hat, darf sehr wohl angezweifelt werden. Dazu einige kommentierende Hinweise:

- Die Kantone, vor allem die Deutschschweizer, führten die Prämienverbilligung zum Teil mit Verspätung ein und schöpften die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht aus.
- In den Meinungsumfragen rangierten die steigenden Krankenkassenprämien mehrere Jahre in den obersten Positionen der «Sorgenrangliste», nach den Drogenproblemen und der Arbeitslosigkeit.
- Soziale Elemente der früher selbständigen Krankenkassen mussten aufgegeben werden: So versicherten gewisse Kassen früher das dritte und jedes weitere Kind gratis. Die Weiterfüh-

rung dieser Praxis wurde in einem Bundesgerichtsurteil als unzulässig erklärt.

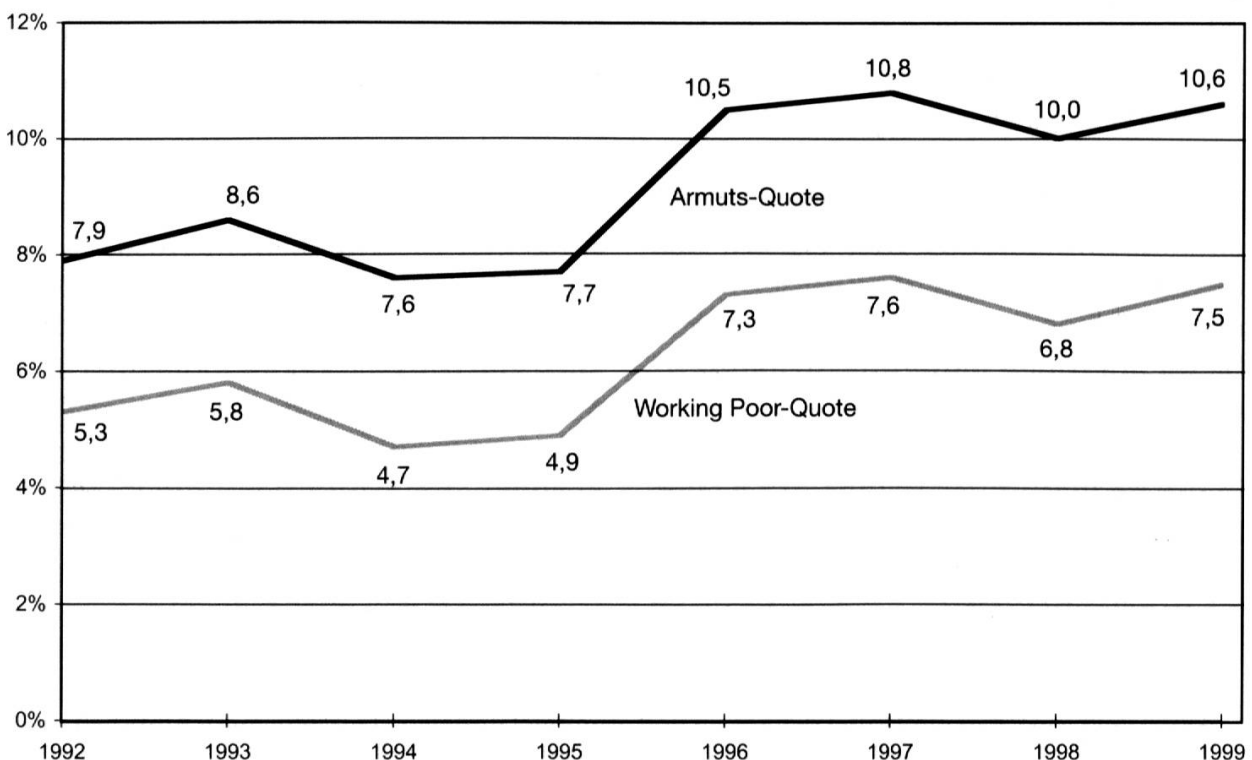
- Vor der Einführung des KVG gab es auch schon auf kantonaler Ebene Systeme der Prämienverbilligung.

Mit diesen Feststellungen soll nicht die Einführung des KVG mit seinem Obligatorium angezweifelt werden. Aber die Frage stellt sich doch, weshalb die Schweiz – und sie steht mit diesem System europäisch ziemlich allein da – an «Kopfprämien» festhalten wollte und dies mit einem administrativ aufwendigen und untransparenten Prämienverbilligungssystem notdürftig abfedern will.

Tiefe Löhne erklären nicht alles

Das Phänomen der Working Poor erklärt sich nur teilweise aus einem Tief-

Working Poor-Quoten und Armutsquoten 1992–1999, in %



© Bundesamt für Statistik

lohn: Der Anteil der Erwerbstätigen mit Tieflohn (weniger als 35'000 Franken Nettoeinkommen pro Jahr) an den Working Poor beträgt 67 Prozent, ein Drittel der Working Poor ist trotz einem Einkommen über der Tieflohngrenze in dieser Gruppe. Werden nur die vollzeitlich erwerbstätigen Working Poor betrachtet, sinkt der Anteil der Tieflohnbezüger zwar, beträgt aber immer noch 45 Prozent. Die Einführung eines verbindli-

chen Vollzeit-Mindestlohns in der Höhe der Tieflohn-Grenze würde die Quote der Working Poor um 1,2 Prozentpunkte reduzieren.

Neben dem Lohnsatz haben – wie sich zeigt – auch andere Faktoren einen wesentlichen Einfluss auf die Einkommensverhältnisse eines Haushalts, so die Kinderzahl, der mögliche Erwerbsumfang sowie weitere Einkommensquellen.

Charlotte Alfiev

Kanton Zürich: Armut hat merklich zugenommen

Während die Studie des Bundesamtes für Statistik für die gesamte Schweiz die Gruppe der 20- bis 59-jährigen Erwerbstätigen untersucht (siehe Hauptartikel), analysiert die Untersuchung des Kantons Zürich die Gesamtbevölkerung ohne Be tagtenhaushalte. Dabei wird die kantonale Situation systematisch mit gesamtschweizerischen Durchschnittswerten verglichen. Wichtige Ergebnisse: Armut ist im Kanton Zürich zwar weniger verbreitet als in der übrigen Schweiz (Armutquote 1999: 6.9 gegenüber 10.6 Prozent), sie hat in den 1990er Jahren aber ebenfalls merklich zugenommen und ihre Strukturen sind im wesentlichen die gleichen. Angestiegen ist zudem der Anteil der Armutsgefährdeten: War 1991 ein Viertel der Haushalte auf Zusatzverdienst angewiesen, um den Lebensunterhalt zu sichern, so stieg dieser Anteil bis 1999 auf einen Drittel an.

Mehr Arme in der Stadt

Die Armutquote in der Stadt Zürich liegt rund 2 Prozente höher als im Kan-

tonsgebiet. Während in der Stadt mehr Personen mit klassischen Armutsrisiken leben (Arbeitslose, Nichterwerbstätige), ist die erwerbstätige Bevölkerung im Kanton mit einem höheren Armutsrisiko konfrontiert. Ferner sind mehr als zwei Drittel der Armutsbevölkerung des Kantons Mitglieder von Haushalten, in denen der gesamte Erwerbsumfang mindestens 36 Wochenstunden beträgt (Working Poor-Anteil).

Auch die Zürcher Studie kommt zum Schluss, dass eine gute Ausbildung zur Vermeidung von Armut immer wichtiger wird. Eingeschränkte Erwerbstätigkeit und höhere Lebenshaltungskosten in Folge von Kinderbetreuung können eine weitere Ursache für Finanzschwäche sein – das höchste Armutsrisiko zeigt sich daher bei Alleinerziehenden. Doch auch viele Paarhaushalte mit mehr als zwei Kindern haben zunehmend Mühe, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Ausserdem: 20 bis 30 Prozent der Paarhaushalte haben ein derart tiefes Erwerbseinkommen, dass eine Familiengründung finanziell kaum möglich sein dürfte.

pd bfs